

Späte Erkenntnis

Italienische Pressekritik an der Politik der EG gegenüber Jugoslawien

Italien ist von den Ereignissen in Jugoslawien in doppelter Weise betroffen: Physisch an den Grenzübergängen im Hinterland von Triest und in der Stadt Görz, wo es zu Schusswechseln zwischen Soldaten der Volksarmee und Slowenen kam; politisch-diplomatisch durch jene Politik des Containments, mit der Rom eine Fiktion aufrechterhalten wollte, die nach der Mission der EG-Minister endgültig begraben werden muss.

R. St. Rom, 30. Juni

Von schweren Grenzzwischenfällen, wie sie sich an der österreichisch-jugoslawischen Grenze ereigneten, ist die an Slowenien angrenzende Region *Friaul-Julisch-Venetien* bisher verschont geblieben. Von der venezianischen Burg von Gorizia aus liessen sich indessen in der Nacht auf den Samstag die Feuerwechsel zwischen Einheiten der Volksarmee und slowenischen Milizen beobachten; ein erstes Anzeichen dafür, dass der von den EG-Aussenministern und den Streitparteien ausgehandelte *Waffenstillstand* nicht hielt. In Triest wurden schlagartig die Erinnerungen an die unmittelbare Nachkriegszeit wach mit dem Übergriff auf den *Adriahafen* im Sinne habe. Die militärische Reaktion erscheint mehr als bescheiden. Für den verstärkten Patrouillendienst entlang der Grenze von Tarvisio bis Triest stehen *1500 Mann* zur Verfügung. Ihre Aufgaben sind ähnlich umschrieben wie im Falle von Naturkatastrophen. Auf den Zuzug von Truppen aus andern Landesteilen wurde verzichtet. Offenbar hat den Italienern von Belgrad signalisiert worden, eine solche Truppenverlegung würde als Ausdruck revanchistischer Ansprüche aufgefasst. Im Hafen von Triest trafen Schiffe mit rückkehrwilligen Ferienreisenden ein. Auf der Piazza de l'Unità d'Italia fand eine vage Sympathiekundgebung für die Slowenen statt.

Auf der Seite Belgrads

Die italienische Aussenpolitik hatte sich seit den ersten Anzeichen einer Absetzbewegung Sloweniens und Kroatiens auf die Seite Belgrads geschlagen. Für die Farnesina war die Regierung Markovic stets der Ansprechpartner par excellence. Dass eine jugoslawische Bundesregierung nie mit grossen Machtbefugnissen ausgestattet war, dass sie sich weder dem kommunistischen ZK noch später den serbischen Hegemonientendenzen widersetzen konnte, wurde bei dieser Beurteilung nicht berücksichtigt. Italien hat, vor allem als es im zweiten Semester 1990 den EG-Vorsitz führte, diesen Standpunkt in die Gemein-

schaft hineingetragen, den man in Brüssel offenbar für besonders weitsichtig hielt, weil er aus einem Nachbarland Jugoslawiens kam. Auch der letzte, zum Scheitern verurteilte Vermittlungsversuch der drei Aussenminister Italiens, Luxemburgs und Hollands ging auf eine italienische Initiative zurück. Das Mindeste, was man über diesen Versuch sagen kann, ist, dass er zu spät kam. Gelegentliche Ermahnungen an die Adresse des serbischen Präsidenten *Milosevic*, Menschenrechte und Verfassung zu beachten, nehmen sich nun wie Alibitungen aus.

Im Schatten Amerikas

Ein grosser Teil der italienischen Presse hat den Aussenminister *De Michelis* immer wieder darauf hingewiesen, dass die Realität nicht immer den Wunschvorstellungen der Diplomatie entspreche. Nach der Fehleinschätzung der Vermittlungsmöglichkeiten der EG findet diese Kritik ihre Fortsetzung. Am schärfsten geht der in Split geborene Europarlamentarier *Enzo Bettiza* mit der Politik der Gemeinschaft ins Gericht. Brüssel könne entweder zur Kenntnis nehmen, dass die jugoslawische Föderation erloschen sei und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen oder aber sich weiterhin Illusionen hingeben und alle Übergriffe Serbiens zum Schaden der andern Republiken akzeptieren. Bettiza wirft der EG vor, völlig im Schatten der amerikanischen Politik verblieben zu sein, während es ihre Aufgabe gewesen wäre, den Amerikanern in dieser Frage den Weg zu weisen. Die Diplomatie der Europäischen Gemeinschaft hätte angesichts der Zerbrechlichkeit des jugoslawischen Staatsgefüges und der nationalen-serbischen Hegemoniebestrebungen zumindest ein Szenario für eine Alternative auf dem Balkan aufstellen müssen. Statt dessen habe man auf eine Mumifikation Jugoslawiens gesetzt, ohne zu beachten, dass dies weder den realpolitischen Interessen Europas noch dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprach. Der Sozialist Bettiza tadelt Brüssel, doch sein Vorwurf trifft nicht minder Italiens sozialistischen Aussenminister *De Michelis*.

Scharfe Warnung Bushs an Bagdad

Die behinderte Nuklearinspektion im Irak

R. M. Washington, 30. Juni

Präsident Bush hat am Wochenende seine Entschlossenheit bekräftigt, den Druck auf Bagdad zu umgehenden Zulassung uneingeschränkter Inspektionen der Atomanlagen aufrechtzuerhalten und falls nötig zusätzliche internationale Massnahmen gegen das irakische Regime in Gang zu setzen. Auf die Erklärung Bagdads, *Saddam Hussein* habe nach den Behinderungen von Uno-Inspektionsteams in der vergangenen Woche die irakischen Behörden zur *vollen Zusammenarbeit* mit den internationalen Experten aufgefordert, reagierte Bush misstrauisch. Gegenüber Journalisten sagte er, *Saddam Hussein* habe so häufig gelogen und seine Versprechungen nicht eingehalten, dass wenig Anlass bestehe, sich auf blosser Worte zu verlassen.

Internationale Konsultationen

Der Präsident liess indessen offen, mit welchen konkreten Massnahmen Washington mögliche weitere Obstruktionen Bagdads gegen die Inspektion des irakischen Nuklearpotentials beantworten könnte. Zu einer derartigen Entscheidung seien ausgedehnte internationale Konsultationen notwendig, sagte Bush und verwies dabei auf die intensive Koordinationsarbeit im Zusammenhang mit der militärischen Golfoperation. Bush gab zu verstehen, dass diplomatische Kontakte wegen

Königin Elisabeth in Nordirland

Besuch beim Ulster Defense Regiment

Lisburn, 30. Juni. (ap) Die britische Königin Elisabeth II. hat am Samstag unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen Nordirland ihren ersten Besuch seit 1977 abgestattet. In der Ortschaft Lisburn, am südlichen Stadtrand von Belfast, inspizierte sie einen Standort des *Ulster Defense Regiment* (UDR), des jüngsten Verbandes der britischen Streitkräfte, der sich durchweg aus Nordirland rekrutiert. «Das UDR steht für jene, die nicht bereit sind, abseits zu stehen und das Böse geschehen zu lassen», sagte die Königin. Das Regiment gebe jedermann, unabhängig von der Religion, die Möglichkeit, seinen Beitrag zur *Bewingung des Terrorismus* zu leisten, denn der Terrorismus dürfe nicht siegen, fügte die Königin hinzu.

Das UDR ist in der Vergangenheit immer wieder Ziel von Anschlägen der irischen Untergrundorganisation IRA gewesen. In den 21 Jahren seiner Existenz sind rund *195 UDR-Soldaten getötet* und etwa 400 verletzt worden.

der Behinderung von Uno-Inspektionsteams im Irak von: State Department bereits eingeleitet worden sind. Der stellvertretende amerikanische Aussenminister *Eagleburger* ging am Wochenende rhetorisch noch etwas weiter als Präsident Bush und erklärte am Fernsehen, der Irak versuche eindeutig, Teile seiner Nuklearpotentials zu verstecken. Dieses Problem würde auf jeden Fall in der einen oder andern Weise gelöst werden. Er nehme nicht an, sagte *Eagleburger*, dass die Iraker so dumm seien und ernsthaft damit recheneten, man werde ihnen dies einfach durchlassen.

In der vergangenen Woche sind Uno-Inspektionsteams zur Erkundung möglicher nuklearer Einrichtungen von den irakischen Behörden in mindestens zwei Fällen behindert worden. In einem Fall wurde ihnen der Zugang zu einem militärischen Gebäude von Soldaten verweigert. Die Uno-Experten beobachteten, wie gleichzeitig aus dem Gebäude eiligt grosse Behälter auf Lastwagen gebracht und wegtransportiert wurden. Der gleiche Vorgang wiederholte sich am letzten Freitag bei einer andern militärischen Einrichtung. Als die Uno-Experten die weggeführten Lastwagen zu filmen versuchten, *schossen irakische Soldaten* in die Luft und versuchten, die Filmkameras zu behindern.

Gespräche der Internationalen Atomenergiebehörde im Irak

Am Sonntag ist nach amerikanischen Meldungen der Direktor der Internationalen Atomenergiebehörde, *Hans Blix*, in Bagdad eingetroffen, wo er Gespräche mit der irakischen Regierung über die weitere Durchführung der Nuklearinspektionen führen wird. Gemäss den Bedingungen der Uno-Waffenstillstandsresolution vom vergangenen April, die Bagdad offiziell akzeptiert hat, müssen sämtliche irakische Einrichtungen, die der Herstellung nuklearer Waffenkapazitäten dienen könnten, von internationalen Experten inspiziert werden. Die Behinderung solcher Inspektionen oder unvollständige Angaben über das nukleare Potential des Iraks bedeuten einen klaren Bruch des Waffenstillstandsabkommens. Solange diese Bedingungen nicht restlos erfüllt sind, wird Washington auch nicht zu einer Lockerung der *wirtschaftlichen Sanktionen* gegenüber dem Irak bereit sein. Ebenfalls am Wochenende soll ein 21köpfiges Uno-Team in Bagdad eintreffen, das mit der Zerstörung der irakischen ballistischen Raketen beauftragt ist. Es handelt sich um ein wesentliches um rund *90 Scud-Geschosse* jenes Typs, die *Saddam Hussein* im Golfkrieg gegen Israel und Saudiarabien einsetzte. Nach dem von der Uno diktierten Waffenstillstandsvertrag muss auch das *chemische Waffepotential* des Iraks unter internationaler Aufsicht vollständig vernichtet werden.

Die EG zeigt ausserpolitischen Handlungswillen

Im Mittelpunkt des zweitägigen Treffens der zwölf Staats- und Regierungschefs der EG hätte eigentlich das ehrgeizige Projekt der *Europäischen Union* stehen sollen. Vorgesehen war, eine Bestandaufnahme über die bisher erreichten Verhandlungsergebnisse der beiden Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und zur politischen Union vorzunehmen. Ebenso wurden vom Gipfel neue politische Impulse erwartet, um das Vorhaben fristgerecht am nächsten Stelldeichein der EG-Chefs im Dezember im holländischen Maastricht unter Dach und Fach bringen zu können. Die EG-Integration wurde in Luxemburg intensiv diskutiert und beraten, aber die eigentliche Aufmerksamkeit der Zwölf galt einem ganz anderen Thema: *Jugoslawien*. Und wider Erwarten hat sich der Europäische Rat nicht mit dem Abfassen einer ausserpolitischen Erklärung begnügt, sondern sofort die *Initiative* ergriffen, um den blutigen Ereignissen vor der Türe der Gemeinschaft ein Ende zu setzen. Die EG, die auch einen politischen Führungsanspruch in Europa erhebt, zeigte sich entschlossen, diese Rolle auch tatsächlich überzeugend zu spielen.

Der italienische Ministerpräsident *Andreotti* erinnerte gleich zu Gipfelbeginn seine Amtskollegen daran, dass die Gemeinschaft auch um ihrer Glaubwürdigkeit willen der Staatskrise auf der östlichen Adriaseite *nicht passiv* gegenüberstehen dürfe. Diese Auffassung wurde am Konferenztitel geteilt. So setzte erstens die Gemeinschaft, das heisst Luxemburg in deren Auftrag, nach Absprache mit den USA, Österreich, der Schweiz und andern Ländern den *Krisenbewältigungsmechanismus der KSZE* in Gang. Und zweitens bemühte sich der Gipfel, ganz *direkt Einfluss* zu nehmen auf die Geschehnisse in Jugoslawien. Noch gleichentags machten sich die Aussenminister Luxemburgs, Italiens und der Niederlande zu einer Kurzvisite ins Krisengebiet auf, mit dem Ziel, in Belgrad und Zagreb Zusicherungen der Bereitschaft zum Frieden zu erhalten und Wege zu einer Beilegung des Konflikts aufzuzeigen. Zu den *Vorschlägen* der EG gehörte die sofortige Feuereinstellung, das Möglichen der Wahl des Kroaten *Mesic* zum Staatspräsidenten sowie ein dreimonatiges Moratorium vor der rechtlichen und materiellen Umsetzung der Unabhängigkeitserklärungen der beiden abtrünnigen Republiken Slowenien und Kroatien.

Ob die diplomatische Offensive der EG für eine friedliche Lösung des Jugoslawien-Konfliktes von Erfolg gekrönt sein wird, muss, da in Slowenien noch keine Ruhe eingeleitet ist und eine zweite Mission der EG-Troika sich als notwendig erwies, vor derhand offenbleiben. Ziel der Intervention ist es, für das Balkanland eine Verfassungskonstruktion zu finden, die das friedliche Zusammenleben im Vielvölkerstaat wieder erlaubt. An der Luxemburger Konferenz war allerdings Bundeskanzler *Kohl* praktisch der einzige, der den Prinzipien des *Selbstbestim-*

mungsrechts und des Schutzes der Minderheiten eine ebenso grosse Bedeutung zuzumass wie der Wahrung der territorialen Integrität. Die letztere hatte in der bisherigen Jugoslawien-Politik der Gemeinschaft klar im Vordergrund gestanden und wurde dadurch, dass die vor wenigen Tagen erst beschlossene Finanzhilfe in der Höhe von mehreren hundert Millionen Ecu jetzt de facto aufs Eis gelegt wurde, noch zusätzlich bekräftigt. Die Unterstellung, die Gemeinschaft habe dadurch Belgrad geradezu ermuntert, in Slowenien militärisch zu intervenieren, mag ein Körnchen Wahrheit enthalten. Es gilt aber zu beachten, dass die Belgrader Bundesregierung die Absicht einer gewaltsamen Intervention in den beiden Republiken Slowenien und Kroatien stets in Abrede gestellt hatte.

Obwohl die Zwölf die Erhaltung der Integrität Jugoslawiens grundsätzlich befürworteten, blieben ihre Vorstellungen über die Zukunft Jugoslawiens am Luxemburger Gipfel durchaus unterschiedlich. Das hinderte sie aber nicht daran, eine Demonstration ihrer ausserpolitischen Handlungsfähigkeit zu geben und die bei andern Gelegenheiten – man denke etwa an den Golfkrieg – gezeigte Ohnmacht für einmal vergessen zu machen. Ein gutes Omen also für einen erfolgreichen Abschluss der beiden im Dezember 1990 in Rom lancierten Regierungskonferenzen zur WWU und zur politischen Union? Die Chancen, dass in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Währungsunion zumindest zwischen einigen Mitgliedstaaten der EG wirklich Realität wird, sollten *nicht allzu gering* veranschlagt werden, auch wenn noch gewichtige Fragen offen sind, der grundsätzliche britische Vorbehalt gegenüber einem monetären Schulterschluss bis auf weiteres bestehenbleibt und last but not least deutscherseits ein Junktim zwischen Währungs- und politischer Integration geknüpft worden ist.

Völlig anders verhält es sich mit der politischen Union. Das in Luxemburg zu beobachtende *Stochem im Nebel* – am ausgeprägtesten vielleicht bezüglich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik – hat nicht allein damit zu tun, dass die Zwölf erst seit wenigen Monaten über dieses Dossier brüten. Vielmehr herrschen zu sämtlichen wichtigen Bereichen des Projekts, vom Abbau des Demokratiedefizits über eine gemeinsame Aussenpolitik (einschliesslich Sicherheits- und Verteidigungspolitik) bis hin zu einer verstärkten Kooperation und Abstimmung in der Innen- und Justizpolitik, noch *höchst unterschiedliche* Auffassungen zwischen den Mitgliedstaaten vor. Ohne Verhandlungswunder am nächsten Gipfel in Maastricht dürfte jene föderal strukturierte und am Subsidiaritätsprinzip orientierte politische Union, die dem eigentlichen Sinne des Wortes entsprechen würde, noch einige Zeit auf sich warten lassen. Sofern aber der Kompass auf «Europäische Union» eingestellt bleibt, dürfte das erprobte integrationspolitische Vorgehen in kleinen, aber soliden Schritten am Ende nicht ohne Ergebnis bleiben.

rg. (Luxemburg)

70. Geburtstag der KP Chinas

Lähmungserscheinungen in der Führung

Kl. Peking, 30. Juni

Die Erziehungsbehörde von Shanghai wollte vor dem 70. Gründungsjubiläum der Kommunistischen Partei Chinas das staatsbürgerkundliche Wissen der Oberschüler der Stadt testen. Wie die Tageszeitung «China Daily» berichtete, fiel das Ergebnis kläglich aus, obwohl man nur *Musterschüler* für die Prüfung ausgesucht hatte. Die Hälfte der Teilnehmer fiel durch, weil sie wichtige revolutionäre Ereignisse nicht richtig einordnen konnte oder bei den vier grundlegenden Prinzipien (Führung durch die KP, Festhalten am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats sowie am Marxismus-Leninismus und den Mao-Tsetung-Ideen) passen musste. Das Diplomatische Servicebüro in Peking, das die Botschaften mit chinesischem Personal versorgt, wollte sich und seinen Parteimitgliedern eine ähnliche Schandenspäse ersparen und liess für den hausinternen Wissenstest deshalb zusammen mit den Fragebogen auch gleich die Antworten mitverteilen.

Glaubensbekenntnisse

Wer sich in die Flut von Artikeln und Festbeiträgen in der chinesischen Presse vertieft, findet abgesehen vom Gründungsvortrag – dem *1. Juli 1921* – trotz dem reichen Vorrat an spannenden Geschichten weniger historische Fakten als Glaubensbekenntnisse. Ein Autor namens *Duan Ruofei*, der die Partei eine Festung nennt, verbreitete über eine ganze Seite der «Volkszeitung» seine Zuversicht, dass der Sozialismus allen Unterwerdungsversuchen durch – auch chinesische – «Opportunisten und politische Spekulant» zum

Trotz schliesslich doch den Kapitalismus besiegen werde.

Parteichef *Jiang Zemin* räumte in einer Betrachtung an gleicher Stelle immerhin ein, dass sich die internationale kommunistische Bewegung, mit der China früher eigentlich nie viel zu tun haben wollte, derzeit auf einem *Tiefpunkt* befindet. Wie niedrig der Pegelstand ist, mag die offizielle Presse den heimischen Lesern so kurz vor den Feierlichkeiten, zu der keine ausländischen Delegationen nach Peking geladen wurden, dennoch nicht in vollem Umfang anvertrauen. Wer bei der Zeitungslektüre die *Kurzmeldungen* ausliess, erfuhr nicht, dass sich die Russen bei der ersten freien Präsidentschaftswahl in ihrer Republik für den Nichtkommunisten *Boris Jelzin* entschieden. Nur ein einziges Blatt, die «Arbeiterzeitung», brachte es über sich, zwei Wochen später etwas unmotiviert ein Photo des Wahlsiegers bei der Stimmabgabe zu veröffentlichen.

Auftritt der Parteiveteranen

Der Verdrängung der Wirklichkeit oder ihrer selektiven Wahrnehmung entspricht der *Eier*, mit dem die Propaganda versucht, die ideologischen Plöcke der Vergangenheit in die Gegenwart und für die Zukunft einzuräumen. Der geschlossene Aufzug der Parteiveteranen, die im Rampenlicht des Jubiläums als apokalyptische Wandprediger auftreten und sich als Mitspieler bei allen wichtigen Entscheidungen in Erinnerung rufen, mag *Deng Xiaoping* an einen seiner entscheidenden politischen Fehler erinnern. Es war der Parteitagkompromiss von 1982, der seinen Rivalen, statt